



**Motion von Heinz Achermann, Michael Felber, Adrian Moos, Mario Reinschmidt und Ronahi Yener
betreffend angepasste und vereinfachte finanzielle Rahmenbedingungen für
Mitglieder des Zuger Kantonsrats
vom 12. Februar 2023**

Die Mitglieder des Kantonsrats Heinz Achermann, Hünenberg, Michael Felber, Zug, Adrian Moos, Zug, Mario Reinschmidt, Steinhausen, und Ronahi Yener, Baar, haben am 12. Februar 2023 folgende Motion eingereicht:

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zu unterbreiten zur Revision:

1. des Kantonsratsbeschlusses über die Entschädigung der Fraktionen des Kantonsrates vom 21. Oktober 1976 (BGS 141.2), und
2. des Gesetzes über die Entschädigung der nebenamtlichen Behördenmitglieder (Nebenamtsgesetz) vom 27. Januar 1994 (BGS 154.25).

Es soll eine Totalrevision dieser zwei Erlasse, eventualiter eine Teilrevision mit folgenden Anpassungen vorbereitet werden, wobei in jedem Fall administrativ einfach zu handhabende Pauschalen festzusetzen sind:

A. Finanzielle Rahmenbedingungen Fraktionen Kantonsrat

1. Die Beiträge an die Fraktionen seien von aktuell 2500 Franken auf neu pauschal 10 000 Franken pro Kalenderjahr anzupassen;
2. Die Zuschüsse an die Fraktion pro Fraktionsmitglied seien von aktuell 500 Franken pro Fraktionsmitglied und Jahr auf pauschal neu 750 Franken pro Kalenderjahr anzupassen.
3. Die Zuschüsse an Kantonsratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören, seien von aktuell 500 Franken pro Person und Jahr auf neu 750 Franken pro Kalenderjahr anzupassen.

B. Finanzielle Rahmenbedingungen Mitglieder Zuger Kantonsrat

1. Den Mitgliedern des Kantonsrats sei neu eine pauschale Grundentschädigung in der Höhe von 6000 Franken pro Kalenderjahr für ihre parlamentarische Tätigkeit auszurichten (Vorbereitungsarbeiten und Aktenstudium).
2. Den Mitgliedern des Kantonsrats sei die Entschädigung für die Teilnahme an einer Kantonsratssitzung von aktuell 214.10 (*) Franken auf neu pauschal 500 Franken pro Halbttag anzupassen.

(*) Betrag bis Ende 2022 teuerungsbereinigt, ab 2023 zuzüglich 2.19 Prozent Teuerungsausgleich

3. Für das Kantonsratspräsidium sei die Entschädigung für die Leitung der Kantonsratssitzung von aktuell 357.25 Franken auf neu pauschal 800 Franken pro Halbttag anzupassen.

(*) Betrag bis Ende 2022 teuerungsbereinigt, ab 2023 zuzüglich 2.19 Prozent Teuerungsausgleich

4. Für Sitzungen und Visitationen von kantonsrätlichen Kommissionen sollen den Mitgliedern und Präsidien höhere pauschale Entschädigungen ausbezahlt werden, die sich an den Ansätzen der Entschädigung für die Teilnahme an einer Kantonsratssitzung orientieren.
5. Für amtliche Missionen (Abordnungen) seien für die Teilnehmenden die Halbtages- und Tagesansätze zu pauschalisieren und an den Ansätzen der Entschädigung für die Teilnahme an einer Kantonsratssitzung auszurichten.
6. Die übrigen Bestimmungen des Nebenamtsgesetzes seien ebenfalls anzupassen, so dass andere nebenamtliche Behördenmitglieder gleichbehandelt werden.

Begründung

Der Kanton Zug entschädigt die Arbeit der Fraktionen und Mitglieder des Kantonsrats im Vergleich zu den anderen Kantonen moderat bis bescheiden.

Im Ranking, so das Ergebnis des Vorstosses Nr. 3369, liegt die Entschädigung für die Tätigkeit eines Mitglieds des Zuger Kantonsparlaments auf dem 17. Rang der 25 Kantone. Die Gesamtentschädigung über die letzten drei Jahre betrug in Zug im Durchschnitt 7 223 Franken; die Bandbreite aller Kantone erstreckt sich von 2 073 Franken bis zu stolzen 37 069 Franken.

Auch bei der Entschädigung der Fraktionszugehörigkeit eines Parlamentsmitglieds belegt der Kanton Zug mit 500 Franken Rang 17. Hier erstreckt sich die Bandbreite von 76 bis 2 206 Franken.

Im Parlamentarischen Milizsystem gilt es neben der Ehre, dem zeitlichen Einsatz und Networking sowie Know-how und politischer Erfahrung auch den finanziellen Aspekt nicht unberücksichtigt zu lassen.

Der Lohnausfall eines Kantonsratsmitglieds wird nach Ansicht der Motionierenden durch die aktuell geltenden Entschädigungsregelung nicht adäquat kompensiert. Für die Zukunft sollen die Tätigkeiten und das Engagement der Parlamentsmitglieder deshalb besser entschädigt werden, so dass der aus der Tätigkeit resultierende Erwerbsausfall einigermaßen kompensiert werden kann.

Zudem soll der Berechnungsmodus für alle involvierten Stellen und Personen vereinfacht werden. Es wird deshalb vorgeschlagen, pauschalisierte Ansätze zu regeln, so dass unnötiger bürokratischer Aufwand entfällt und die Verwaltung entlastet wird.